

332 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Bericht des Rechnungshofausschusses

betreffend dem Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Verwaltungsjahr 1993 (III-6 der Beilagen) einschließlich des Nachtrages zum Tätigkeitsbericht (Zu III-6 der Beilagen)

Der Rechnungshof hat gemäß Art. 126 des Abs. 1 B-VG dem Nationalrat über seine Tätigkeit im vorausgegangenen Jahr bis spätestens 31. Dezember jeden Jahres einen Bericht zu erstatten.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht schließt unmittelbar an den Tätigkeitsbericht 1992 (III-160 der Beilagen) an und es wurden im wesentlichen die bis 2. September 1994 berichtsreif gewordenen Ergebnisse der vom Rechnungshof in den Bereichen der Bundesministerien einschließlich der Kapitalbeteiligungen durchgeführten Gebarungsüberprüfungen aufgenommen. Die erst nach Redaktionsschluß fertiggestellten Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen wurden dem Nationalrat im gegenständlichen Nachtrag zu diesem Bericht vorgelegt.

Im vorliegenden Jahrestätigkeitsbericht nicht enthalten sind die Prüfungsergebnisse über

- die Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze,
- das Burgtheater,
- die Liegenschaftsbewirtschaftung des Bundes,
- die Pyhrn Autobahn AG,
- die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,
- die Austria Metall AG,
- die Österreichische WeinmarketingService GesmbH und
- Teilbereiche des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns,

die der Rechnungshof bereits während des Jahres 1994 im Wege der Einzelberichterstattung dem Nationalrat vorgelegt hat.

Der Tätigkeitsbericht 1993 erstreckt sich auf die Verwaltungsbereiche

der Parlamentsdirektion,
des Bundeskanzleramtes,
der Bundesministerien für Inneres,
Unterricht und Kunst,
Wissenschaft und Forschung,
Arbeit und Soziales (einschließlich Träger der Sozialversicherung),
Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz,
Umwelt, Jugend und Familie,
auswärtige Angelegenheiten,
Justiz,
Landesverteidigung,
Finanzen,
Land- und Forstwirtschaft,
wirtschaftliche Angelegenheiten sowie
öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

2

332 der Beilagen

Enthalten sind im Tätigkeitsbericht 1993 auch die Ergebnisse von Gebarungsüberprüfungen bei Kapitalbeteiligungen des Bundes in den Verwaltungsbereichen des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

Keinen Niederschlag fanden im vorliegenden Tätigkeitsbericht Prüfungsergebnisse über die Gebarung von Bundesländern, Stadtgemeinden, Wasserverbänden und Krankenanstalten, worüber dem zuständigen Landtagen zu berichten war.

Außerdem sind im Allgemeinen Teil mehrere Abschnitte zu einigen Hauptproblemen der öffentlichen Finanzkontrolle und allgemeine Prüfungsaussagen von grundsätzlicher Bedeutung enthalten, wobei insbesondere zur Verwaltungsreform Stellung genommen wird.

Im Besonderen Teil sind die einzelnen Gebarungsüberprüfungen sowohl der Verwaltungsbereiche als auch der Kapitalbeteiligungen enthalten. Darüber hinaus ist auch ein Abschnitt über die Überprüfungen bei Internationalen Organisationen bzw. über die Tätigkeit des Rechnungshofes als Generalsekretariat der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) beinhaltet.

Der Rechnungshofausschuß hat den gegenständlichen Tätigkeitsbericht 1993 erstmals nach den Ausführungen der Berichterstatterin Abgeordnete Ridi Steibl in seiner Sitzung am 22. Dezember 1994 in Verhandlung genommen.

In den weiteren Ausschusssitzungen vom 3. Februar, 19. und 20. April, 10. Mai, 7. und 8. Juni sowie 26. September 1995 wurden die Prüfungsergebnisse aus den Gebarungsüberprüfungen bei Kapitalbeteiligungen des Bundes bzw. sonstiger Rechtsträger und Verwaltungsbereiche, und zwar hinsichtlich der folgenden Prüfungsergebnisse unter Beiziehung von leitenden Organen der genannten Unternehmungen bzw. Institutionen als Auskunftspersonen im Sinne des § 40 Abs. 1 GOG behandelt, und zwar:

Universität Graz, Österreichische Salinen AG und Biosalz Ges.m.b.H., Bankenaufsicht, Österreichische Bundesbahnen – Kraftwagenzentrale Innsbruck und Austrotakt, Umweltmaßnahmen verstaatlichter Unternehmen im Raum Linz, Internat Graz-Liebenau, Österreich Werbung, Planung von Bundesstraßen, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Österreichische Osthilfe, Österreichisches Institut für den wissenschaftlichen Film sowie die Liegenschaftsverwaltung der Österreichischen Bundesbahnen.

An den Debatten beteiligten sich außer der Berichterstatterin die Abgeordneten Ute Apfelbeck, Hans Wolfmayr, Arnold Grabner, Josef Edler, Peter Rosenstingl, Susanne Rieß, Dr. Günther Kräuter, Helmut Klomfar, Johann Schuster, Felix Bergsmann, Dipl.-Kfm. Ilona Graenitz, Mag. Cordula Frieser, Josef Arthold, Dipl.-Ing. Franz Flicker, Walter Scholger, Anton Leikam, Peter Marizzi, Walter Murauer, Mag. Herbert Haupt, Heidrun Silhavy, Mag. Thomas Barmüller, Dipl.-Vw. Dr. Dieter Lukesch, Mag. Dr. Willi Brauner, Dipl.-Ing. Richard Kaiser, Dr. Susanne Preisinger, Hermann Böhacker, Josef Edler, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Dr. Hannes Jarolim, Georg Wurmitzer, Otmar Brix, Mag. Reinhard Firlinger, Erhard Koppler, Dr. Friedhelm Fritschenschlager, Anna Elisabeth Aumayr, Hans Schöll, Dr. Severin Renoldner, Mag. Karin Praxmarer, Rudolf Anschöber, Ing. Walter Meischberger, Kurt Wallner sowie die Bundesminister Mag. Viktor Klima, Dr. Rudolf Scholten, Dr. Andreas Staribacher, Dr. Johannes Ditz, Elisabeth Gehrler, Dr. Martin Bartenstein, Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer und der Rechnungshofpräsident Dr. Franz Fiedler sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Andreas Wabl.

Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichtes samt Nachtrag zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Rechnungshofausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Verwaltungsjahr 1993 (III-6 der Beilagen) einschließlich des Nachtrages zum Tätigkeitsbericht (Zu III-6 der Beilagen) wird zur Kenntnis genommen.

Wien, 1995 09 26

Ridi Steibl

Berichterstatterin

Andreas Wabl

Obmann